



Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

SS Angesichts der neuen Schikanen und brutalen Forderungen der Franzosen im besetzten Gebiete, die die Rückkehrerlaubnis für die Ausgewiesenen nahezu illusorisch machen, haben, wie verlautet, inzwischen diplomatische Vorstellungen denutschland stattgefunden, die sich in der Hauptstrophe auf die Wohnungsfrage der Ausgewiesenen beziehen. Für den heutigen Mittwoch ist im Reichsministerium für die besetzten Gebiete eine Besprechung mit den in Frage kommenden Instanzen vorgesehen, um im Einvernehmen mit den Landesregierungen dafür zu sorgen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um den Ausgewiesenen die Rückkehr zu ermöglichen. Die Maßnahmen französischer Militärbehörden, wie die Beschlagnahme des Düsseldorfer Regierungsbüros und die Beschlagnahme von 400 Wohnungen in Wiesbaden, sind, wie weiter verlautet, ebenfalls zum Gegenstand von Vorstellungen in Paris gewesen. Der deutsche Botschafter ist, wie es heißt, sofort nach dem Bekanntwerden dieser Vorgänge telegraphisch beauftragt worden, in Paris Einspruch zu erheben.

Die Herabsetzung der Kohlenpreise.

Zu der Meldung über eine Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise um 20 Prozent ab 1. Juli verlautet noch, daß in der Versammlung der Bechenbesitzer aus Rheinland-Westfalen die Absicht umfangreicher Betriebsstilllegungen fallen gelassen worden ist. Man will zunächst abwarten, ob nicht infolge der Kohlenpreisherabsetzung eine Erhöhung des Abholers eintritt.

Dr. Luther über die Finanzlage.

Berlin, 1. Juli. In einem Interview des Reichsfinanzministers Dr. Luther, welches er dem Vertreter der Rotterdamschen "Courant" über die Finanzlage des Reichs gewährte, wies er u. a. darauf hin, daß das Reich bei einem Jahresumsatz von 8 Milliarden Mark nur einen Betriebsfonds von 60 Millionen hat. Er betonte ferner, daß das Budget 1924 einen Defizit von 470 Millionen vorstellt und fügte hinzu, daß es nur durch größte Sparsamkeit möglich war, bisher die Lasten zu tragen, die Deutschland durch die Besetzung von Rhein und Ruhr, sowie durch die Vorenthaltung der dortigen Bollerinnahmen, Steuern usw. entstehen. Der Finanzbericht legt aufs deutlichste klar, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermag. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginnt jetzt wirklich verzweifelt zu werden. Man muß angefangen den Anträge auf Stundung oder Erlass der Steuern, mit größter Sorge in die Zukunft blicken. Am 1. Oktober 1924 wird das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen Mark haben, zu dessen Deckung weder neue Steuern, noch eine langfristige Anleihe möglich sind. In diesen Betrag nicht eingerechnet ist die jetzt notwendig gewordene Beihilfe für Reparationsleistungen der Ruhrkohlenindustrie im Juli. Die Reichsregierung beschloß diese Beihilfe nur, um in der Welt zu zeigen, daß Deutschland die äußersten Anstrengungen an machen bereit ist, um das Sachverständigengutachten nicht zu gefährden.

Hafenarbeiter und Munitions-Lösung.

+ Danzig, 2. Juli. In Neufahrwasser fand gestern abend eine Versammlung der Hafen- und Hafenarbeiter statt, in der über die während der Löschung des polnischen Munitionsdampfers "Waria" erfolgte Lahmlegung des Hafenverkehrs beraten wurde. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Verbände an den Kommitäten des Börsenbundes mit der Bitte wenden, beim Börsenbund dabin vorstellig zu werden, daß sich die am Sonnabend getroffenen Sperrmaßnahmen nicht wiederholen. Es wird darauf hingewiesen, welche schwere Schädigung durch diese Maßnahme nicht nur für die Hafen- und Hafenebutter, sondern für das Ansehen und die Entwicklung des Danziger Hafenverkehrs überhaupt aus den Munitionstransporten und den damit verbundenen Beschränkungen entstehen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß einige Tausend Hafenarbeiter mit ihren Familien in Neufahrwasser und Borsig wohnen, und dadurch im Falle einer Explosionskatastrophe den größten Gefahren preisgegeben sind. Die Hafenarbeiter erklären, daß sie nicht gewillt seien, dies hinzunehmen, und bitten dringend um Abhilfe.

Die Londoner Konferenz.

* Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Auf dem Quai d'Orsay fand gestern nachmittag eine große Besprechung statt, die sich auf die bevorstehende Londoner Konferenz bezieht. Anwesend waren der Ministerpräsident Herrriot, der Präsident der Reparationskommission Barthou, dessen Stellvertreter Mancière, der Direktor der politischen Angelegenheiten des auswärtigen Amtes Berretti della Rocca, für Handelsangelegenheiten Sedoux, das französische Mitglied im ersten Sachverständigenausschuß und der Kabinettchef des Ministerpräsidenten Bergerie, der als früherer stellvertretender Generalsekretär der Reparationskommission vor allem die Aufgabe hatte, im auswärtigen Amt die Reparationsfrage zu bearbeiten. Erörtert wurde insbesondere die Durchführung des Dawesplanes. Es soll ein geeignetes Programm ausgearbeitet werden, das die französische Abordnung auf der Londoner Konferenz unterstützen wird. Vor allem sollten die Garantien festgesetzt werden, welche Frankreich für die Durchführung der Sachverständigenvorschläge verlangt. Ferner wurde erörtert der Austausch der Bänder, die Frage der rheinischen Eisenbahnen usw. Sobald die französischen Vorschläge ausgearbeitet sein werden, sollen sie dem belgischen Ministerrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß Wissolini in der Londoner Konferenz nicht teilnehmen wird. Italien wird durch den Finanzminister de Stefani vertreten sein.

Die japanische Regierung nahm die Einladung zur Londoner Konferenz an. Japan wird durch seine Botschafter in Paris und London auf dieser Konferenz vertreten sein.

Amerika und Deutschlands Finanzen.

* Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der amerikanische Botschafter in Berlin Houghton traf gestern in New York ein. Er wird mit dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes in Washington konferieren. Zeitungsvertretern gegenüber erklärte er, daß Deutschlands Wirt-

schafslage sich bessere. Allerdings habe Deutschland unter dem Dawesplanes sei der Schlüssel für die wirtschaftliche Wohlfahrt Europas der nächsten 100 Jahre. Auch Amerikas Wohlstand stehe mit der Durchführung des Planes in Zusammenhang, weil dieses in größerem Umfang Waren nach Europa werde ausführen können. Houghton glaubt, daß Deutschland den Dawesplan annehmen werde.

Die Guaranty Trust Company von New York gab gestern eine Erklärung aus, worin sie fragt, ob der Reichstag die notwendige Zweidrittelmehrheit zu stände bringen werde, um die Eisenbahnen einer neuen Gesellschaft zu übergeben. Deutschland sei ein kapitalistisches Land ohne Kapital. Es besitzt eine verwiderte Wirtschaftsmaschinerie, welche ohne Kapital nicht in Bewegung gesetzt werden könne. Die Schwierigkeiten der Industrie in Deutschland seien auf die Rentenmark und die Kreditbeschränkungen zurückzuführen. Es sei falsch, daß Deutsche in Italien und anderswo ihr Geld verschwenden. Schieber sollten allerdings in Deutschland und überall verurteilt werden.

Das amerikanische Bankhaus Spahr u. Co. gibt heute mit anderen Banken den amerikanischen Anteil an der ungarischen Anleihe in der Höhe von 7½ Millionen Dollar aus. Bei dieser Gelegenheit erklärte das Haus Spahr u. Co., daß der Erfolg der ungarischen Anleihe die Ausgabe einer deutschen Anleihe in Amerika erleichtere.

Neuwahlen in England?

* Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Sofort nach der Annahme des Budgets im englischen Unterhause werden die politischen Parteien mit der Organisation des Wahlfeldes beginnen. Man nimmt an, daß die Unterhauswahl im Laufe des Oktober stattfinden.

Das Tunnelprojekt.

London, 1. Juli. Heute fand eine Besprechung des Problems der Frage der Unterquerung des Kermessals in der Versammlung des Komitees für Verteidigung des britischen Reiches statt, auf der MacDonald den Vorsitz führte. Von den gleichfalls eingeladenen früheren Premierministern waren Baldwin, Balfour, Asquith und Lloyd George zugegen. Ferner nahmen an der Besprechung verschiedene Mitglieder der gegenwärtigen Regierung sowie Mitglieder des Komitees für die Verteidigung des britischen Reiches teil, die Mitglieder des Komitees sind. Ein Bericht über das Ergebnis der Versammlung wird in nächster Zeit ausgegeben werden.

Neuer faschistischer Anmarsch auf Rom.

+ Rom, 1. Juli. Die süditalienischen Faschisten drohen mit einem zweiten Marsch nach Rom, wenn die Oppositionspartei ihren Widerstand gegen die Faschisten fortsetzen sollte. Der Abgeordnete Staraco mahnte in einer Zusammenkunft von tausenden Faschisten aus ganz Südtalien die Versammlung zur starken Sammlung für eine baldige zweite Bewegung, bei der die Faschisten ebenso gewiß wie beim Marsch auf Rom siegen oder sterben müssten. Ein Vertreter des faschistischen Direktoriums erklärte, wenn die Mehrheit ihren Kampf nicht aufgebe, seien die Faschisten ganz Italiens bereit, ihr Blut für die Wiederholung der Heldenataten des ersten Marsches auf Rom zu opfern.

Wieder ein Überfall auf einen italienischen Sozialisten.

+ Paris, 2. Juli. Die "Agencia Fournier" meldet aus Rom, der frühere sozialistische Abgeordnete Angelio sei von zwölf Unbekannten überfallen worden. Auf die Hilferufe des Abgeordneten eilten ihm ungefähr zwanzig Personen zu Hilfe, und zwangen die Angreifer, die Flucht zu ergreifen. Ein Bürger hat die Behörden von dem Attentatsversuch unterrichtet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Auflage gegen Raditsch.

D. Belgrad, 2. Juli. Die Regierung hat der Staatsanwaltschaft in Agram umfangreiches Anklagematerial gegen den kroatischen Bauernführer Raditsch und gegen die Führer seiner Partei sowie gegen einige Abgeordnete übermittelt, damit gegen alle die Anklage wegen Hochverrats erhoben werde. Die Auslieferung Raditschs wird von der Slupskina verlangt werden. Nach den Ermittlungen der Regierung hat Raditsch mit den Führern des revolutionären Komitees in Bulgarien die Losreihung einzelner Teile Süßlawiens vorbereitet und hat zu diesem Zweck in Wien Zusammenkünfte mit bulgarischen Komiteemitgliedern gehabt, um eine gemeinsame Aktion gegen Süßlawien einzuleiten. Weiter wirkt die Regierung Raditsch Propaganda für die Habsburger und Propaganda gegen den Militärdienst sowie eine Reihe von Preßvergehen vor.

Die Einwanderung nach Amerika.

* Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die gestern veröffentlichten amerikanischen Einwanderungsziffern beweisen, daß Deutschland die höchste Zahl der Einwanderer gezeigt wurde, nämlich 51 227; dann kommt Großbritannien mit 34 000, die Tschechoslowakei mit 30 738, Österreich hat 785, Ungarn 473, Polen 5 982, Jugoslawien 671, Italien 3 845. Der amerikanischen Veröffentlichung wird die Warnung hinzugefügt, daß Staaten, welche von Amerika noch nicht anerkannt wurden, sich nicht zu der Ansicht verleiten lassen sollten, daß die Bekanntmachung der Einwandererzahlen dieser Staaten irgend etwas mit der Anerkennung durch die Vereinigten Staaten zu tun hätte.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

* Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der demokratische Kongress in den Vereinigten Staaten konnte nach 24 Wahlgängen noch immer nicht zu der Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten gelangen. Am 24. Wahlgang erhielt MacAdoo 438 Stimmen, Smith 308, der frühere Botschafter in London, Davis, 129. Die Wahlhandlung wird heute vormittag um 8 Uhr fortgesetzt werden. Hinter den Kulissen wird stark gearbeitet, um einige Kompromitkandidaten ausfindig zu machen. Als solche gelten William Bryan und Davis. Letzterem wird bekanntlich der Vorwurf gemacht, daß er Morgans Advokat sei. Seine Anhänger befürworten aber seine Kandidatur mit der Begründung, daß er ein großer Botschafter war und als ausgezeichnetster Rechtsanwalt und Verwalter gelten könne.

Das Programm der bayerischen Regierung.

w. München, 2. Juli. In der Plenarsitzung des bayerischen Landtages entwickelte der neu gewählte Ministerpräsident Held im Anschluß an die Vorstellung des neuen Kabinetts das Programm der Regierung. Nachdem der Ministerpräsident dem früheren Ministerpräsidenten von Knilling und dem früheren Minister des Innern Schreiber für ihre Wirksamkeit gedankt hatte, kam er u. a. auf die Sorge um die bedrohte deutsche Westmark zu sprechen. Er führte hierzu aus:

Im Gesicht der deutschen Lände von Speyer bis nach Köln prägt sich das deutsche Elend und die deutsche Ohnmacht am schrecklichsten aus. Die Rheinfrage ist aber nicht nur eine deutsche Schicksalsfrage, sie ist wieder einmal zur europäischen Frage geworden. Von ihrer Lösung hängt es ab, ob Europa den Frieden bekommt, den seine Völker ersehnen, dessen Zustandekommen aber immer noch auf das Schwerste gefährdet ist, weil sich bei denen, in deren Händen heute in erster Linie das kommende Schicksal der alten Welt gelegt ist, immer noch nicht die Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Machstellung der europäischen Großmächte in der Welt davon abhängig sein wird, daß alle europäischen Staaten — vornehmlich die Länder, die durch den Ausgang des Krieges am meisten gelitten haben — aus dem Zustand der Erholung herauskommen. Damit Deutschland wieder zum Leben kommt, bedarf es der Freiheit am deutschen Rhein. Das ist notwendig um der deutschen Wirtschaft willen, eben so sehr aber notwendig, um der deutschen Ehre willen, woran das deutsche Volk auch in der schrecklichsten Zeit materieller Bedrückung denkt. woran aber auch die anderen denken müssen, wenn es ihnen nicht nur eine Phrase ist, daß ihnen die Wiederherstellung des Friedens in Europa am Herzen liegt.

Eine Lösung der Rheinfrage, die dem Frieden dienen soll, kann nur deutsch sein, denn deutsch ist der Rhein. Was unsere Pfälzer Brüder für den Kampf um die Erhaltung des Deutschen Reichs bisher geleistet haben, ist ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte. Wir im rechtsrheinischen Bayern danken es ihnen jeden Tag, was sie in schwerer und bedrohter Vorpostenstellung erduldeten und ertragen müssen. Die Pfalz in ihrem Abwehrkampf innerlich und äußerlich stark zu erhalten, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben einer guten deutschen und guten bayerischen Staatspolitik. Wie die bisherigen bayerischen Regierungen, so wird sich auch die neue bayerische Regierung in ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, keine Stunde ihr Augenmerk von den pfälzischen Angelegenheiten abzuwenden. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß die Aufrechterhaltung der alten fränkischen historischen Verbindung der Rheinpfalz, die in einem glücklichen Jahrhundert Bayern seine Könige geschenkt hat, mit dem rechtsrheinischen Bayern eine deutsche Sache ist, weil die Verankerung der Pfalz in Bayern die beste Garantie für ihre unlässbare Verbindung mit Deutschland ist. Daran wird die neue Regierung jederzeit unentwegt festhalten, gestützt auf die unendlichen Beweise der Treue zu Bayern, welche die Pfälzer Bevölkerung gerade in schwersten Zeiten gegeben hat. In diesem Sinne entbiete ich der treuen Pfalz meinen Gruß und unseren Dank.

Der Ministerpräsident wies sodann auf die Verwirrung im politischen Leben und die Wirtschaftssnot hin. Die größte Gefahr sehe er in den subversiven, absolut staatsfeindlichen Bewegungen, die von der Dritten Internationale in Moskau den Antrieb und die Kraft erhielten. Das vergangene Jahr habe das politische Leben Bayerns und den bayerischen Staat selbst den allerschwersten Erschütterungen ausgesetzt, deren Folgen namentlich auch nach außen außerordentlich schwierig geworden sind. Voraussetzung und Garantie jeder Freiheit sei nur ein Staat, der getragen ist von einer einheitlichen Gewalt und Autorität. Die Hauptursache der unseligen, den Staat in seinen Grundfesten bedrohenden Entwicklung liege zweifellos in der Revolution von 1918, die das schwerste Verhängnis für die Staatsbestimmung des Volkes und seine Wohlfahrt gewesen ist. Was sich inzwischen alles an falscher Einstellung zum Staat ausgewirkt hat, an Gräuungen, Putzibversuchen usw. finde seine Erklärung, wenn auch nicht seine Entschuldigung als Folgewirkung des gewalttamen Umsatzes vom November 1918. Das oberste Ziel der Regierungen unserer Tage muß sein, fuhr der Ministerpräsident fort, jede Revolutionsgefahr zu überwinden. Durch Erziehung zum Staat und für den Staat. Eine verfassungsmäßige Regierung allein kann die Trägerin der Staatsgewalt sein. Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt darf es in einem geordneten Staat nicht geben. Jede Nebenregierung führt auf die Dauer zum Ruin des Staates. Alle vaterländischen Bewegungen und Organisationen, deren Ziel und GröÙe die Wohlfahrt der Gemeinschaft ist, sind aufrichtig zu begrüßen. Engerzige parteipolitische oder machtpolitische Ziele Einzelner dürfen in solchen Bewegungen keine Rolle spielen. Revolutionsbeamte sind in einem Rechtsstaat in jeder Fassung unmöglich. Ihrer muß sich die Staatsregierung durch eine strenge Anwendung ihrer disziplinären Gewalt erwehren.

Es könne nicht seine Aufgabe sein, führte Ministerpräsident Held weiter aus, rückblickend über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der überreichen Kritiken namentlich an Urteilen der Gerichte eine Entscheidung zu treffen. Die Führung der bayerischen Regierung müsse und werde unter allen Umständen die absolute Unabhängigkeit und Freiheit des nur dem Gesetz und dem eigenen Gewissen unterworfenen Richter fördern, die Justiz ist verantwortlich nach den Grundsätzen einer gewissenhaften Gerechtigkeit zu pflegen, die Sicherung der Rechtsgleichheit angstlich hüten und die Justizhöheit des bayerischen Staates als eine wesentliche Voraussetzung wirklicher Eigenstaatlichkeit zu erhalten trachten. Held betonte weiter, daß die Unzufriedenheit mit unserer Staatsform es der Staatsregierung zur gebotenen Pflicht mache, auf eine vernünftige Ausgestaltung und Reform der Verfassung Bedacht zu nehmen, die sich nur in legalen Formen vollziehen dürfe. Die nationale Jugendbewegung müsse sich bewußt bleiben, daß nur in einer gesetzmäßig geordneten Gemeinschaft das Freiheitsziel zu erreichen ist. Angesichts der drohenden Wirtschaftskatastrophe gelte es, eine vernünftige produktionsfördernde Politik auch in der Steuerregelung zu führen.

Über das Verhältnis Bayerns zum Reich führte der Ministerpräsident sodann aus: Uns liegt nicht nur die Pflicht ob, auf Bayerns Wohlfahrt und Gewinn Bedacht zu nehmen,

ber auch für das Reich mitzusorgen und mitzuopfern. Freudig befinde ich mich zum Reich und zu seiner Einheit. Geschlossenheit und Größe, vor allem zu einem Programm der Reichspolitik, das die Weltstellung des Reiches und seinen Einfluss in der äußeren Politik wieder neu fundiert, zielbewußt aufzubauen und dauernd sichert. Für den inneren Aufbau des Reiches sehe ich die Voraussetzung seiner Gesundung und Wiedererstärkung nicht in einer schablonenhaften Unitarisierung, kraftvoller in ihren eigenen Verhältnissen möglichst freie Einzelstaaten in eigener Hoheitsstellung sind ein besseres Fundament für die Reichsgröße und Reichseinheit als sie in der zwangsmäßigen Vereinheitlichung nach der Weimarer Verfassung gegeben ist. 44 Jahre Deutschen Reichs- und Staatslebens sollen uns eine andere Staatslenkung vermittelt haben. Ich sehe, was Neuregelung des Verhältnisses zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich bezügl. die Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft, auf dem Boden der bekannten Denkschrift, die von der Vorgängerin der gegenwärtigen bayerischen Regierung an die Reichsregierung gerichtet wurde. Insbesondere betone ich, daß in irgend einer Form wieder eine höhere Selbstständigung unserer Eisenbahn und Post erreicht werden muß, daß vor allem auch die Finanzhöhe des bayerischen Staates und seine eigene Finanzverwaltung, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches und einer gesunden Entwicklung verträgt, wieder zurückgewonnen werden müssen.

Wenn ich mich zu einem föderativen Aufbau des Deutschen Reiches und zwar eines großdeutschen Reiches bekenne, bin ich mir durchaus bewußt, daß nicht in allem und jedem, was Inhalt und Form betrifft, alles wieder so gestaltet werden kann, wie es vor dem Jahre 1914 im Reich Bismarck'scher Prägung der Fall gewesen ist. Die einzelnen Staaten und das Reich müssen in gegenseitigem Vertrauen und in der Abwägung der gegenseitigen Lebensinteressen sich verstehen lernen und wechselseitig für einander sorgen. Konflikte zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich sind beide vom Übel. Da aber, wo die Lebensnotwendigkeiten der eigenen Staatslichkeit Bayerns es verlangen, ohne daß dadurch das Reich selbst in seinem geschlossenen Bestand und in seiner Machstellung nach außen gefährdet wird, gehe ich auch einem Konflikt nicht aus dem Wege. Besteht in Berlin, was ich annehmen möchte, der gute Wille zur Verständigung und zum Ausgleich, wie er bei mir und uns besteht, dann wird es zu unangenehmen Auseinandersetzungen nicht kommen.

Der Ministerpräsident bedachte dann der Aufgaben, die sich aus der seelischen Not unseres Volkes ergeben und betonte weiter: Die durch die Revolution im Verhältnis des Staates Bayern zur katholischen Kirche geschaffenen Kluane gelte es möglichst schnell durch ein neues Konkordat zu beseitigen. Auch für die protestantische Kirche müsse zugleich eine ähnliche Neuordnung der Dinge herbeigeführt werden. Dem Landtage würden in nächster Frist die entsprechenden Vorlagen zur Entscheidung unterbreitet werden können. In der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen im Staate dürfe nicht gerüttelt werden. Jeder Störung des Konfessionellen Friedens werde die Regierung unmissverständlich entgegenstehen. Auch die Presse bitte er dringend jeder Art von Hecke, vor allem der konfessionellen Hecke, ihre Spalten rücksichtslos zu vertheidigen. Viel Erbitterung und viel Hass würden erwart, wenn die politischen und parteipolitischen Feinden in der Presse mit größerer Sachlichkeit geführt würden. Seine Kollegen von der Presse möchten mit ihm das große Ziel verfolgen, dem Staat wieder seine alten Grundlagen zu geben, ihm neue Freunde zu verhelfen und ihn in der Erfüllung seiner Aufgaben für das Volk und die Volksgemeinschaft zu unterstützen.

Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, dem moskowitischen Kommunismus sollte ein edler menschenwürdiger gottgewollter Kommunismus der Arbeit und Pflicht gegenübergestellt werden. Vertrauen und Unterstützung erbitte er nicht nur vom Landtag, sondern von allen staatsgeistigen Bürgern im Lande. Der Ministerpräsident schloß: „Ich will es offen vor aller Welt betonen: Ich habe mich bei meinem Entschluß, das Amt zu übernehmen, unter den Schutz des allmächtigen und barmherzigen Gottes gestellt und mit seiner Hilfe hoffe ich meine Pflicht zu erfüllen und meinem Volk und Vaterland auch in der neuen Stellung so dienen zu können, daß ich mir vor meinem Gewissen keinen Vorwurf zu machen habe, und daß ich vor dem Richterstuhl der Geschichte bestehen kann.“

Sirmione.

Von Gräfin Brodorff.

Auf meinem Schreibtisch blüht ein Strauß roter Mohnblumen. Eines der großen, seidenen Blumendächer hielte herab und legte sich auf die Öffnung meines Schreibzeuges. Will es verhindern, daß ich von der Pracht da draußen erzähle?

Sirmione steht im Zeichen des roten Mohnes. Wie ein leuchtender Kardinalsmantel hat er sich über die Halbinsel Catullus gelegt und seine Ränder hängen hinunter bis in die Wässer des Sees. Einzelne Stolze, hochragende Königssterzen brennen gelb darinnen, sonst ist alles rot, heiß, glühend. Das altüberne, schwere Laub der Olivenbäume, durch das ein lichtblauer Himmel schimmert, dämpft nicht, sondern hebt nur die Glut der Farbe. Sirmione steht im Zeichen des Mohnes, der seine kurze, aber glänzende Herrschaft angetreten hat. Nur wenige Tage, dann liegen die welken Blätter wie vertrocknete Blutstropfen im Grau, vorbei alle Pracht. Heute jedoch blüht alles und die Sonne scheint lächelnd und stark auf das rote Blumenmeer. Thymian und Melisse erfüllen die Luft mit ihrem gewürzreichen Duft und die Wässer des Sees rauschen kaum hörbar an die Ufer und Klippen.

Es läßt sich gut sitzen dort unten an den Grotten des Catull, jenen mächtigen, römischen Unterbauten, die man einem Landhaus des Dichters ausstiebt, der hier öfters von seinem bewegten römischen Leben ausgeruht und seine Lieder gedichtet haben soll. Auch Virgil hat von hier den Iacus benacus befunden, wenn eine „burrusca“, eine Sturmflut, darauf wütet und die Wogen schwarzblau aufpeitscht.

Heute stirmt keine Flut an diesem lachenden Jumimorgen. Weise und glashell plätschern die Wellchen über die flachen, rotgelben Klippen um dann weiter herein sich vom hellsten Türkis- bis zum sattesten Saphirblau zu färben. Weit wie ein Meer dehnt sich der Gardasee hier aus. Weiten Korallenriffen gleich schmiegen sich die kleinen Städtchen und Dörfer an seine gegenüberliegenden Ufer. Grüngolden ragt das scharfgeschnittene Kap Manerba aus den Fluten und ragt der Monte Baldo über dem Kap San Viglio empor. Bewegungslos liegen die Boote, die zum Sardinienfang auszogen, mitten im See. Ab und zu taucht ein goldgelbes, kleines Segel am Horizont auf, springt ein silberner Fisch aus dem Wasser und hinterläßt schimmernde Ringe. Weisse und dunkle Schmetterlinge jagen sich in tändelndem Spiel, schlanken grüne und braune Eidechsen huschen lautlos über die sonnenflimmernden Steine.

Horch, eben wird die Stille unterbrochen. Es knattert und knarrt, pustet, tutet und pfeift. Auf der einzigen, schmalen Landstraße jagen Autos und Motorräder einher. Menschen erscheinen. Bei den hellen, kurzen, ausgeschnittenen Kleidchen der Damen könnte man an Nymphen und Dräuden denken, wenn nicht späte Stödelchühne und wilde Pudellosen sie als Kinder der Neuzeit kennzeichnen. Vielleicht hat auch mancher der Herren noch den faunischen Fußschuh, aber er weiß ihn geschickt in Seidenstrumpf und braunem Modeschuh zu verstecken.

Die Rechte der bayerischen Beamten.

+ München, 1. Juli. Im Verfassungsausschuß des Landtages erklärte Finanzminister Krausneck, daß er es als eine Selbstverständlichkeit betrachte, daß die Staatsverträge nicht bloß dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach erfüllt werden. Nachdem aber die Beamten nur besorgt sind, ihre wohlerworbenen Rechte nach der Umbildung der Reichseisenbahnen in ein selbstständiges Unternehmen gemäß dem Davies-Plan aufrecht zu erhalten, beabsichtigt er an die Reichsregierung heranzutreten, daß mit dieser eine diesbezügliche bindende Erklärung über die Sicherheit der Verkehrsbeamten abgebe. Nach den bisherigen Erklärungen der Reichsregierung sei die Gewährleistung dieser Rechte zu erwarten. Ebenso werde bei der Reichsregierung darauf hingewirkt werden, daß die Besoldung der Verkehrsbeamten auch nach der Umbildung der Reichsbahn nicht schlechter gestellt werden soll, als wenn sie im Dienste des Landes stehen würden. Was die Sicherung und Erhaltung des Berufsbeamtenums anlangt, so glaube er, daß das Berufsbeamtenum nicht geschmälerd werden werde im Hinblick darauf, daß die Reichseisenbahn später wieder in die Hände des Landes zurückgeführt werden soll.

Französische Rechtswidrigkeiten.

Nachdem die Franzosen seit 1920 eine ganze Reihe Landgüter im altbesetzten Gebiet (die Domäne Armoda bei Wiesbaden, das Hofgut Rheingrafenstein bei Kreuznach, das Gut Dreisbach bei Landau, die Domäne Roscheider Hof im Landkreis Trier, die Domäne Adamsthal bei Wiesbaden, das Gut „Haus Derkum“ im Kreise Euskirchen) zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen beschlagnahmt und die Wegnahme weiterer Landgüter angedroht haben, sind sie neuerdings dazu übergegangen, auch Landgüter im Einbruchsgebiet wegzunehmen. In Stodtum bei Düsseldorf haben sie ein Gehöft nebst Wirtschaftsgebäuden und etwa 80 Hektar Land, das noch dazu mit Getreide (Kartoffeln) bestellt sein soll, als Unterrichtsgut gefordert. Weiterhin haben sie das Gut „Haus Stade“ in Itten bei Kettwig mit etwa 70 Hektar Land zur Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule beschlagnahmt. Der Pächter hat das Gut in kürzester Zeit mit seinem gesamten Hausrat und wertvollen Viehbeständen räumen müssen. Das Gut „Haus Stade“ ist der größte landwirtschaftliche Betrieb des Kettwiger Bezirkes. Die Beschlagnahme muß daher auf die Ernährungsverhältnisse der dortigen stark bebörserten Gegend äußerst schädlich einwirken. Die rechtswidrige Beschlagnahme von Landgütern im Einbruchsgebiet zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen, also eines auf lange Sicht gestellten Unternehmens beweist, wie wenig die Franzosen daran denken, diese Gebiete entsprechend den Vorschlägen des Davies-Gutachtens zu räumen.

Graff-Prozeß.

Stettin, 1. Juli. Im Graff-Prozeß soll am Mittwoch die Zeugenvernehmung beendet und am nachmittag vielleicht schon mit den Plädoyers begonnen werden. Heute wurden noch die Offiziere vernommen. Sie wußten, daß die in Norden verurteilten nicht die Täter waren. Zeuge Leutnant Brüdman, seinerzeit Adjutant beim Oberstabschmeister Christen, gibt zu, daß er alles getan habe, um die Nachforschungen der Polizei zu erschweren. Zeuge Oberstabschmeister Christen erklärte, daß er wegen eines gegen ihn schwelbenden Verfahrens wegen Meineids und Begünstigung die ihn etwa belastenden Fragen nicht beantworten werde. Auf die Frage des Vorsitzenden, wann der Zeuge zuerst von den Tätern erfahren habe, verneint der Zeuge die Antwort. Er erklärt ferner, daß er niemals einen Deutschen einem Belgier verraten würde. In ihm habe die Meinung geschwankt, wer die wirklichen Täter waren. Als Frau Reinhardt seiner Frau gesagt habe, Leutnant Sander und Hauptmann Gollak wüßten die wirklichen Täter, habe er Major Bischel befohlen, ein Protokoll aufzunehmen. Daß er das Protokoll nicht weitergeben würde, habe er nicht gesagt. Der Oberstabschmeister bestreitet sodann, daß die Behauptung, Leutnant Sander habe bei der Tat eine ähnliche Rolle, wie sie dem Leutnant Reinhardt von den Belgieren zugeschrieben wird, gespielt, von ihm ausgegangen sei. Die Sitzung wird dann auf Mittwoch vertagt.

Das lächelt und lächelt, steigt hinunter zu den Klippen, wirft flache Steinchen in den See, springt und klettert ein wenig und setzt seine Robe in Tätigkeit. Dann, schnell wie er gekommen, ist der ganze Spuk wieder verschwunden.

Menschen von heute und doch auch Menschen wie einst. Liebe und Hass, Hunger und Geld, Freiheit und Mut, es ist alles das gleiche wie vor Tausenden von Jahren.

Die Menschen ändern sich nicht, nur ihre Kleider.

Ändert doch auch die Natur ihr Gewand und zeigt damit ihr ewig wechselndes Leben.

Wald ist die rote Herrlichkeit vorbei und eine andere beginnt. Aber immer bleibt wahr, was Carducci singt:

„Sieh, wie im leuchtenden See das grüne Sirmio lächelt die Blume der Halbinsel.

Sofsend bestrahlt es die Sonne, gleich einer silbernen Schale dehnt ringsum der Venacus sich.“

Bunte Chronik.

st. Am 1. Juli 1923 war aus der Berliner Nationalgalerie das liebenswürdige kleine Bild von Karl Spiegel „Heimkehrende Klausner“ geföhnt worden. Die Aussicht, das Bild wieder zu erlangen, war nicht sehr groß. Trotzdem ist aber der Klausner, wie der „Kunstwanderer“ berichtet, heimgekehrt. Das Bild hängt wieder an seinem alten Platz, als wäre ihm nichts geschehen. Und doch gar manches hatte sich in der Zwischenzeit mit ihm abgespielt. Da hatte der entartete Kunstreund und Dieb des Bildchen aus dem Rahmen herausgebrochen und war unbemerkt entkommen. Zu Hause hat er dann versucht, den Stempel der Galerie von der Rückseite des Papptedels — der „Klausner“ war auf Papier gemalt und dieses auf ein Papptedel aufgeklebt — zu entfernen. Das gelang ihm aber nicht, wohl aber beschädigte er das Bild, dabei einigermaßen. Auch daß er kräftig und ungeschickt firmierte, war von oben. Genua, seine Gemüthungen und sein Heimkehrende Klausner, die ihn selbst nicht befriedigen möchten, führten ihn zu dem gewiß recht läblichen Entschluß, den „Klausner“ der Galerie wieder aufzustellen zu lassen, und zwar durch Werner mit einer Notarz, der Amtsverschwiegenheit gehobt und beobachtet. Geschichte handte besser aus, was auszubefern trat. Es hat sich also wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß Bilder diebstähle für den Dieb eine heisse Sache sind. Bilder kann man nicht einzumachen, Bilder sind leicht zu beschreiben, ihr Abbild kann man Zeitungen und Postdrucken zur Veröffentlichung aufstellen.

d. Um die heiße Liebe der Elsässer und Lothringer für Frankreich aller Welt ad oculos zu demonstrieren, veranstaltet der „Matin“ seit Jahr und Tag Reisen gewisser Elsässer Berufsgruppen nach Paris, wo diese dann von allen möglichen Verhören empfunden werden. So traf in den letzten Tagen eine Abordnung Elsässer Lehrer und Lehrerinnen in der französischen Hauptstadt ein, die u. a. auch dem Unterrichtsminister François Léon vorgestellt wurde. Dabei hielt der Führer der Abordnung, der Straßburger Schulrat Aubin, eine Ansprache, worin er betonte, die Elsässer Lehrer hätten geradezu eine bewundernswerte Tat verrichtet, indem sie nach dem Waffenstillstand in französischer Sprache erteilten könnten. Ein Lehrer vom Oberrhein hob hervor, daß die Elsässer Lehrer in jeder Beziehung das

Die österreichische Beamtenfrage.

w. Wien, 1. Juli. Im Nationalrat führte in der Aussprache über den Bericht des Finanzministers Dr. Kienboeck über die Verhandlungen der Sozialdemokrat Dr. Bauer über das Beispiel Deutschlands, Polens und Sowjetrusslands lege die Frage nahe, ob die Stabilisierung der Krone nicht auch ohne Erfolg erzielt werden würde. Die Regierung habe in Gegenwart der Befolgsreform ausführlich die pensionierten Beamten von der Befolgsreform ausgeschlossen. — Dr. Kienboeck erwiderte, Dr. Bauer habe nicht von den großbürgerlichen gesprochen, die in Bezug auf die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte gemacht werden. Der Minister wies entschieden die Behauptung zurück, es sei irgend ein Diktat gegeben habe: „Es ist bei den Versprechen im Finanzkomitee das Beamten- und Pensionistenproblem erörtert worden. Es hat uns aber niemand zugemutet, daß wir eine Bindung übernehmen. Es ist unmöglich, im Rahmen des Normalbudgets, das alle Vertreter wollen und müssen, für Beamten und Pensionisten mehr zu geben, als die Regierung beschließt.“ — Der Christlichsoziale Matay stellte unter lebhaftem Beifall der Mehrheitsparteien fest, daß das Hauptverdienst an der Herstellung geordneter Verhältnisse in Österreich in allererster Linie der Bundeskanzler Dr. Seipel habe. Die an den Generalverhandlungen geäußerte Kritik entspreche nur dem Gefühl einer hoch gespannten Erwartung. — Der Großdeutsche Dr. Weber betonte, daß eine weit über die bloße Stabilisierung des Geldvermögens hinausgehende Besserung der Verhältnisse als Folge der Sanierung eingetreten sei. Er hoffe, daß es schließlich in der Beamtenfrage doch zu einer Einigung mit der Regierung kommen werde. Unter dieser Voraussetzung werde seine Partei nach vor der Regierung ihre Unterstützung leisten. Die nächste Sitzung des Nationalrats findet am Freitag statt.

Wöllersdorf.

D. Wien, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem in den Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Berliner Metallum-Konzern über die Neugestaltung der Verhältnisse in Wöllersdorf kein weiterer Fortschritt erzielt werden konnte, ist eine Stilllegung der Wöllersdorfer Betriebe sehr wahrscheinlich geworden. Der Wöllersdorfer Aktiengesellschaft werden von den Banken eine Kreditlinie von 100 Millionen gegeben, und die Nationalbank hat die ihr vorgelegte Wechsel der Gesellschaft nicht mehr angenommen, so daß die gestern die gestern fällig gewesenen Wechsel zum Protest gegangen sind. Der Metallum-Konzern lehnt eine weitere Finanzierung in eigenen Mitteln ab, so daß schon die Auszahlung der dieswochigen Löhne ungewiß geworden ist. — Von den Konzernunternehmungen der Depositenbank ist durch den Zusammenschluß dieses Bankinstituts die erste Gesellschaft gegründet, einen Ausgleich anzustreben. Es handelt sich um die auch im Deutschen Reich bestehende „Vital-Union“ (siehe unten). Sie unterhandelt mit ihren Hauptgläubigern über ein mehrheitliches Moratorium und hofft, mit zwei reichsdeutschen Gruppen ein Einvernehmen erzielen zu können, um das Unternehmen wieder flott zu machen.

— Verbot von Tollers „Massen Mensch“. D. Olmütz, 2. Juli (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche dramatische Gesellschaft in Olmütz plant eine Aufführung des kommunistischen Tendenzdramas „Massen Mensch“ des berühmten Kommunisten Tollers. Die Polizei als Zensurbehörde hat die Aufführung mit der Begründung verboten, daß der Protagonist gegen die bestehenden Gesetze und gegen die religiösen Einrichtungen verstöße.

— Der tschechische Sumpf. D. Prag, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerialrat im Prager Postministerium Libman, wurde wegen Annahme von Geschenken bei der Begebung von staatlichen Lieferungen für die Telegraphenverwaltung, um die Annahme von Geschenken von dem Direktor der reichsdeutschen Firma Telestra, zu sieben Monaten schwerer Strafe verurteilt.

— Streit griechischer Marineoffiziere. Ein Teil der griechischen Marineoffiziere ist in den Streit getreten; da sie die Aufforderung des Marineministeriums, den Dienst wieder anzutreten, ablehnten, wurde ihre Verhaftung angeordnet. Wie aus Athen, 30. Juni, meldet wird, ist eine Mobilisierung der Flotte wahrscheinlich. Die Belegung dieser Angelegenheit wird der Marineminister demnächst. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, die „reaktionären“ Elemente aus der Flotte zu entfernen. Zwischen haben die Geschlechter zu Ehren der englischen Flotte, die im Rhodopen eingetroffen ist, begonnen unter Teilnahme von Schiffen der griechischen Flotte, deren Offiziere den Dienst verlassen.

Interesse Frankreichs im Auge hätten. Der Minister meinte eine Antwort, die Elsässer und Lothringer seien gleichsam jüngstes Kinder der gemeinsamen Mutter Frankreich, und weiß, daß alle Eltern für ihre Benjaminin besondere Liebe empfinden. Frankreich sei stets das Land der Freiheit und der Freiheit (1) gewesen, es respektierte alle Glaubensgemeinschaften und politischen Ansichten und werde das auch Elsässern gegenüber beweisen. Die Hauptaufgabe der Elsässer Lehrer und Lehrerinnen besteht darin, die teure französische Sprache in einem Land, das sie vorübergehend verlassen haben, wieder zur Geltung zu bringen, denn das Französische sei die französische Sprache auszubreiten, erwiderte sie auch die Liebe zu Frankreich und seien es im Elsass und in Lothringen wichtige Propagandisten für die Verbreitung der französischen Kultur. — Wie die doch meistens urdeutschsprachigen Elsässer Lehrer diese bombastische und ehrliche französische Rede aufgenommen haben, vertritt der „Matin“ seinen Lesern nicht.

b. Der Umsturz in der Türkei hat eine ganze Anzahl Großen des einstigen türkischen Reiches zur Flucht gezwungen, um das Los, das ihnen in der Verbannung zuteil wird, ist in den meisten Fällen nicht gerade rosig. Über die romantischen Gedanken dieser einst so mächtigen Männer berichten Pariser Blätter. Der frühere Sultan Mohammed VI., der in San Remo lebt, befindet sich in großen Vermögensschwierigkeiten, und er hat erst seine Diamanten für 100.000 Francs verkaufen müssen. Die deutsche Gouvernante seines 18-jährigen Sohnes Ertoghrul mußte entlassen werden. Ein Sohn des Sultans, der während des Krieges gestorben ist, lebt nichts destoweniger mit seiner Familie und einem einzigen ergebenen alten Dienner in einem Zimmer in Paris in den dübstigsten Umändern. Der einzige der türkischen Prinzen, es gut geht, ist Bring Osman, ein Sohn von Abdul Hamid, der hat eine reiche Nichte des Königs Juan von Sachsen geheiratet und bewohnt mit ihr eine luxuriöse Villa in der Nähe des Champs Elysées. Gegen 150 türkische Paläste und Wohnungen, die von der Mutter Mustapha Kemal erlassene Annette ausgenommen wurden, schlagen sich mühselig durchs Leben. Unter ihnen befinden sich hohe Priester, ein Großwesir, mehrere Minister und andere hohe Beamte. Einer ist in Paris Straßenhändler geworden und verkaufte Bananen, ein anderer sucht sich mit dem Verkauf billiger Strümpfen durchzuhelfen, die er auf den Hintertreppen anbietet. Der frühere Leiter eines großen türkischen Krankenhauses hat als Buchhändler Unterschlupf gefunden; ein anderer, der ein großes Privatkantinenhaus in Konstantinopel hatte, hält Marionette, die er röstet und den Vorübergehenden anpreist.

Kleine Kunstdenkmäler.

— Künstlersängerin Sigrid Onegin ist von ihrer amerikanischen Tournee nach Deutschland zurückgekehrt. Die Ehrungen und Guldigungen, die man Sigrid Onegin in Amerika hat zu verleihen lassen, stehen beispiellos da. Nach den amerikanischen Zeitungsberichten ist bisher keine deutsche Sängerin derart feiert worden. Wie wir hören, begibt sich Sigrid Onegin im Herbst wieder nach Amerika, um dort im Metropolitan House in New York zu gastieren, sowie in verschiedenen Städten Großbritannien zu geben. Vor ihrer Abreise wird die Künstlerin Berlin, München, Hamburg und Dresden singen.

